

Provisionen, Verträge, Firmen

Lukratives Netzwerk bei den ÖBB



Die falschen Weichen hatte die Bahn mit hochriskanten Spekulationsgeschäften gestellt. Man versuchte, den Schaden zu begrenzen und ging dafür einen verhängnisvollen und teuren Vertrag ein

Nachwehen der ÖBB-Spekulationsgeschäfte: Investmentbanker Willi Hemetsberger bekam noch rund 1,5 Millionen Euro Provision. Sein Naheverhältnis zu ÖBB-Aufsichtsrat Leopold Specht sorgt für heftige Kritik



WIRTSCHAFT
VON INNEN

VON ANDREA HODOSCHEK

„Was da passierte, ist grob unvereinbar und verstößt gegen die Grundsätze der Corporate Governance“, empört sich ein ÖBB-Insider. Das Netzwerk zwischen dem ehemaligen Bank-Austria-Manager Wilhelm Hemetsberger, dem SP-nahen Anwalt Leopold Specht und Ex-Kanzler Alfred Gusenbauer (SP) ist nicht nur eine Frage der Wohlverhaltenregeln, sondern kostete die ÖBB auch eine Stange Geld.

Die teure Causa mit der unschönen Optik beginnt bei den Spekulationsgeschäften der Bahn mit der Deutschen Bank und der Finanzdienstleistungsgesellschaft Montana. Die Deutschen hatten den unbedarften ÖBB 2005 hochriskante Finanzprodukte (CDS) um knapp 613 Millionen Euro angedreht. Als Asset-Manager für das toxische Portfolio beauftragte und entlohnte die Deutsche Bank die Montana. Angeblich mit mehr als 500.000 Euro pro Jahr.

Als sich die Verluste ausweiteten, verloren der damalige ÖBB-Chef Peter Klugar (SP) sowie Finanzvor-

stand Josef Halbmayr (VP) offenbar die Nerven. Sie suchten dringend einen Finanzberater, der den ÖBB aus der Misere helfen sollte. Die Wahl fiel auf die Finanzexperten von Inthuba. Diese ist die vormalige Montana, die inzwischen von Hemetsberger-Spitzname aus seiner Studentenzzeit: „der rote Willi“ – übernommen und umgetauft worden war. Sie sollte das Giftgemisch umstrukturieren, bei Auflösung des Portfolios winkte eine Erfolgsprovision.

Den Vertrag mit Inthuba machte die Kanzlei Specht. Wie zu hören ist, zwar ohne



Gut verdient: W. Hemetsberger



ÖBB-Aufsichtsrat: L. Specht

Honorar, aber Leopold Specht sitzt im ÖBB-Aufsichtsrat. Er kam über seinen Freund Gusenbauer in dessen Zeit als Bundeskanzler zu diesem Job. Gusenbauer wiederum ist seit seinem Abgang als Politiker mit Hemetsberger über gemeinsame Projekte im Geschäft. Außerdem soll er zumindest eine Zeit lang ein Büro in der Kanzlei Specht gehabt haben.

Die ÖBB-Spekulationen endeten wie bekannt mit einer außergerichtlichen Einigung mit der Deutschen Bank, die Bahn erhielt von ihren eingesetzten 613 noch 295 Millionen Euro zurück.

Hemetsberger heftet auf seine Fahnen, diesen Vergleich zustande gebracht und eine für die ÖBB um 30 Millionen Euro günstigere Lösung herausgeschlagen zu haben. Und stellte eine Rechnung über ein Erfolgshonorar von rund fünf Millionen Euro. Zu-

vor hatte die Inthuba bereits ein Fix-Honorar von dreimal rund 200.000 Euro kassiert.

Im ÖBB-Vorstand wurde jedoch heftig bezweifelt, dass Hemetsberger den Vergleich geschäftlich hatte – man hatte auch selbst verhandelt. Der neue ÖBB-Chef Christian Kern soll fast vom Sessel gekippt sein, als ihm die tüppige Honorarnote vorgelegt wurde. Er ließ den Vertrag von der Anwaltskanzlei Binder Grösswang prüfen. Da diese die Chancen, einen Prozess gegen Hemetsberger zu gewinnen, als äußerst gering einstufte, einigte sich die Bahn vor Kurzem mit Hemetsberger auf eine Zahlung über rund 1,5 Millionen Euro.

Späte Einsicht? Als der ÖBB-Aufsichtsrat 2010 den Inthuba-Vertrag diskutierte, verließ Specht mit dem Hinweis auf Befangenheit die Sitzung. Specht ist mit Hemetsberger auch über eine gegenseitige

Firmenbeteiligung verbunden. An der Hemetsberger & Partner Corporate Finance and Advisory GmbH hält die Specht Asset Management Services GmbH zehn Prozent. Von der Specht-Firma wiederum gehören zehn Prozent Hemetsberger & Partner. Diese Beteiligungen meldete Specht dem ÖBB-Aufsichtsrat nicht. Sowohl Specht als auch Hemetsberger waren für den KURIER nicht erreichbar.

Einen Tellerfolg konnte die ÖBB in anderer Honorarsache erringen. Der Anwalt Ewald Weninger war beauftragt worden, die Deutsche Bank zu klagen. Mit einem gestaffelten Erfolgshonorar von ebenfalls mehr als fünf Millionen Euro. Die Weninger mit dem Hinweis, es habe ja einen Vergleich gegeben, nicht erhielt. Weninger klagte die ÖBB, verlor jetzt aber in der ersten Instanz.